

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

05.06.2023

Inhalt

EWN

1 Wegen der Windräder: Schwesig fordert niedrigere Strompreise für MV <i>Ostsee-Zeitung.de, 02.06.2023</i>	3
2 Regas informiert über LNG-Pläne <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 03.06.2023</i>	4
3 Metall-Chefs geben schlechte Noten für den Wirtschaftsstandort MV <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 05.06.2023</i>	5
4 Atomkraft durch die Hintertür <i>BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, 03.06.2023</i>	7
5 Eine Chance fürs Atom <i>FAZ.NET, 03.06.2023</i>	9

 Ostsee-Zeitung.de | 02.06.2023 Frank Pubantz WEBLINK**„UNGERECHT“**

Wegen der Windräder: Schwesig fordert niedrigere Strompreise für MV

Schwerin

Die hohen Netzentgelte im Nordosten seien ungerecht, sagt die Ministerpräsidentin – und bestärkt Bundeswirtschaftsminister Habeck, dies zu ändern. Ziel sollten mindestens gleiche Strompreise wie im Süden sein.

Sinkende Netzentgelte und damit Strompreise fordert Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) für MV. Sie reagiert auf eine Aussage von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), der sagte, er wolle mit den Bundesländern über das Thema ins Gespräch kommen. Es sei „ökonomisch unsinnig und gesellschaftlich auch nicht richtig“, dass die Strompreise in den Regionen höher seien, die viel erneuerbare Energien produzierten, so Habeck.

Schwesig reagiert prompt. „Die jetzigen Netzentgelte sind für Bürger und Wirtschaft ungerecht, weil die Regionen, die den Ökostrom produzieren, die höchsten Strompreise haben.“ Bei den Gesprächen mit Habeck

setze sie darauf, dass es am Ende wenigstens „gleiche Strompreise gibt“, so Schwesig. „Dass wir so wenig bezahlen wie die Südländer, die von unserem Strom profitieren.“ Allerdings wolle sie auch einen zweiten Schritt: dass Strom in MV „sogar günstiger sein muss“.

In MV sind die Netzentgelte bundesweit mit am höchsten: gut drei Cent je Kilowattstunde. Ursache: Netzkosten müssen sich laut Gesetz im Preis niederschlagen. In Bayern zahlt ein Haushalt mit 4000 Kilowattstunden Jahresverbrauch rund 150 Euro im Jahr weniger, ohne Steuern (Quelle: Verivox) – auch wenn der Strom aus dem Norden kommt.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 03.06.2023 | S. 10

📄 Auflage: 8.653 | Reichweite: 20.202

👤 Martina Rathke

BAABE

Regas informiert über LNG-Pläne

Unternehmen möchte Fragen von Bürgern beantworten und Fehlinformationen richtigstellen.

Die Deutsche Regas will am Dienstag in Baabe über die Planungen für das LNG-Terminal in Mukran informieren. Bei der Informationsveranstaltung, die um 17 Uhr im Haus des Gastes beginnt, werde gemeinsam mit dem Gasnetzbetreiber Gascade über den Projektstand informiert. Zudem sollen Fragen der Bürger beantwortet und zum Teil kursierende Fehlinformationen richtiggestellt werden, wie ein Sprecher der Deutschen Regas sagte. Ursprünglich sollte die Veranstal-

tung in Binz stattfinden. Binz hatte immer wieder eine bessere Kommunikation und Transparenz zu den LNG-Planungen angemahnt. Leider habe aber die Gemeinde Binz keine Möglichkeit gesehen, einen Veranstaltungsraum zur Verfügung zu stellen, so der Regas-Sprecher weiter. Nach Angaben des Binzer Bürgermeisters Karsten Schneider war der infrage kommende Raum bereits seit Längerem gebucht.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 05.06.2023 | S. 13-SEITE 13

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

👤 Torsten Roth

Metall-Chefs geben schlechte Noten für den Wirtschaftsstandort MV

Frühjahrs-Konjunkturumfrage: Regulierungsdrang der Politik und Fachkräftekrise setzen der Metall- und Elektrobranche zu

Die Unzufriedenheit wächst: Neue Gesetze, Arbeitskräftemangel, hohe Kosten – nirgendwo in Norddeutschland hat der Wirtschaftsstandort so an Attraktivität verloren wie in Mecklenburg-Vorpommern. Für fast drei Viertel der Unternehmer in der Metall- und Elektroindustrie im Nordosten haben sich die Standortbedingungen in den vergangenen sechs Monaten weiter verschlechtert. Das ist der schlechteste Wert aller norddeutschen Bundesländer, geht aus der Frühjahrs-Konjunkturumfrage 2023 der Arbeitgeberverbände Nordmetall und Allgemeiner Verband der Wirtschaft Norddeutschlands (AGV) hervor, die am Montag vorgestellt werden soll. Verbesserungen sieht nahezu kein Unternehmen. Im vergleichbaren Flächenland Schleswig-Holstein waren die Sorgen in 57 Prozent der Betriebe größer geworden.

Die Unternehmer sind es leid: „Die Vielzahl neuer wirtschaftsfeindlicher Gesetze oder Regelungen sowie die immer bedrohlichere Fachkräftekrise sind die großen Sorgen der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie“, kritisierte Nordmetall-Vizepräsident Steffen Pohl. In Norddeutschland beklagen 61 Prozent der Betriebe, dass sich die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland in den letzten sechs Monaten verschlechtert habe – der zweithöchste Wert in sieben Jahren, geht aus der Analyse hervor. Neue Gesetze bewerten 45 Prozent als erschwerende Wirtschaftsfaktoren, mehr als doppelt so viele Firmen wie vor einem Jahr. In MV war der Wirtschaft vor allem auch das von Rot-Rot auf den Weg gebrachte neue Vergabegesetz, das Staatsaufträge an Löhne auf Tarifniveau koppeln soll, übel aufgestoßen.

Am meisten machen den Unternehmen in MV die hohen Kosten für Material, Energie und Personal zu schaffen, gaben sie an. 70 Prozent der Firmenchefs sehen aber auch mit dem Fachkräftemangel ihre Geschäfte erschwert. In MV beklagen inzwischen fast zwei Drittel der Betriebe die schlechte oder unbefriedigen-

de Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften. „Statt der Industrie immer neue und vielfach höchst fragwürdige Vorschriften zu machen, sollte sich die Politik endlich intensiver auf die Bekämpfung des Fachkräfte- und Azubi-Mangels konzentrieren“, kritisierte Pohl, ohne aber die eigene Verantwortung der Wirtschaft zu benennen. Bis heute gebe es weder einen nennenswerten Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland, noch werde das Problem der viel zu geringen Zahl gut gebildeter Bewerber für Ausbildungsplätze durch eine ambitioniertere Schulpolitik ernsthaft angegangen, beklagte der Verbandsvize.

Trotz der Standort-Kritik wächst in den Betrieben aber auch die Zuversicht wieder: Zwei von fünf Firmenchefs erwarten in diesem Jahr bessere Geschäfte – so viele wie sonst nirgendwo in Norddeutschland, wo im Schnitt 23 Prozent der Firmen von einer besseren Geschäftslage ausgehen. Damit haben sich die Erwartungen in MV deutlich verbessert: Vor einem Jahr gingen gerade zehn Prozent der Betriebe von besseren Geschäften aus. Inzwischen würden nach den schweren Einbrüchen durch die Corona-Pandemie und den Überfall Russlands auf die Ukraine fast neun von zehn Betrieben ihre gegenwärtige Geschäftslage wieder als gut oder befriedigend bewerten, in MV 92 Prozent. An der Umfrage von Nordmetall und AGV hatten sich im März und April 159 Betriebe mit 109000 Beschäftigten in MV, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen beteiligt.

Arbeit gibt es offenbar genug: Knapp die Hälfte der norddeutschen Metall-Unternehmen hat Aufträge für mehr als sechs Monate in den Orderbüchern, ein knappes Viertel für das nächste halbe Jahr. Das sorgt für Beschäftigung: Die Arbeitsagenturen in MV hatten zuletzt eine rückläufige Personalnachfrage beobachtet. In der Metall- und Elektroindustrie im Nordosten wollen aber mehr als die Hälfte der Betriebe das Personal in den kommenden drei Monaten aufstocken –

vor einem Jahr waren es nur 29 Prozent.

Auf die Kunden der Metallbranche im Norden kommen nach den ohnehin schon hohen Kostensteigerungen in den vergangenen Monaten weitere Preiserhöhungen zu. Zwei Drittel der Betriebe planen im nächs-

ten halben Jahr hohe oder mittlere Aufschläge auf die Verkaufspreise. Allerdings scheint sich der Preisanstieg zu verlangsamen. Die Weitergabe der Kosten an die Kunden werde schwieriger, urteilen die Unternehmen. Vor einem Jahr planten noch 85 Prozent der Firmen hohe bis mittlere Preissteigerungen.

 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe | 03.06.2023 | S. 7

 Auflage: 27.235 | Reichweite: 123.439

 Bärbel Nückles

Atomkraft durch die Hintertür

Nach der Stilllegung des AKW Fessenheim kämpft der Bürgermeister um den Bau von Mini-Reaktoren

Fessenheim. Für Claude Brender war das Atomkraftwerk keine tickende Zeitbombe. Katastrophenschutzübungen, die obligatorische Ration Jodtabletten im Haus, das war in Fessenheim und Umgebung Routine. Das AKW, vom Dorf aus in der Ferne sichtbar, war vor allem eines: Garant für Steuereinnahmen, Arbeit und Wohlstand. Die Abschaltung, wird Brender, Bürgermeister von Fessenheim, bis heute nicht müde zu betonen, geschah „vorzeitig“.

„Wenn Frankreich nun einen neuen Anlauf in der Atomindustrie nimmt, dann muss Fessenheim dabei sein“, findet Brender. Fessenheim soll, so sein Wunsch, wieder an erster Stelle stehen. Man erinnert sich: Fessenheim, Frankreichs ältestes noch betriebenes AKW, Baujahr 1977. Kehrt die Atomenergie, wie André Hatz von Stop Fessenheim befürchtet, nun durch die Hintertür zurück?

In einer Diskussion im regionalen Fenster des Privatsenders BFMTV saßen sich Hatz und Brender vor wenigen Wochen gegenüber. Es war wie in Zeiten vor der Stilllegung des AKW 2020. Brender lobte die Atomkraft als klimafreundliche Zukunftstechnologie und nannte Hatz einen Ewiggestrigen. Hatz verwies auf die hohen Kosten für die Entwicklung und den Bau neuer Reaktoren und hielt Brender vor, er habe Jahre verschlafen, in denen er sich geweigert habe, der Stilllegung ins Auge zu sehen und die Zeit danach wirtschaftlich vorzubereiten.

Auch André Hatz ist überrascht, wie ungeniert die Politik nun Fessenheim als neuen AKW-Standort ins Spiel bringt. Weil sie in Jahrzehnten gelernt hätten, sagt er, dass sich von den Steuereinnahmen gut leben lässt. „Der französischen Atomindustrie hätte jedenfalls nichts Besseres passieren können, als dass Leute wie Brender die Lobbyarbeit erledigen“, sagt Hatz. Sein Verweis auf den Aachener Vertrag, in dem sich Deutschland und Frankreich auf ein nachhaltiges Projekt für Fessenheim verpflichtet hätten, verhallt. Atomkraft gleich klimaneutral, das ist französische Doktrin.

Seit die französische Regierung den Bau neuer Reaktoren vom Typ Small Modular Reactor (SMR) beschlossen hat, hat der Bürgermeister jedenfalls keine Zeit verloren und ist bereits persönlich im Energieministerium vorstellig geworden. Konkret geht es um zwei der Mini-Reaktoren mit einer Leistung von zusammen 340 Megawatt – also fünfmal weniger als die beiden abgeschalteten 900-MW-Reaktoren aus den 1970er Jahren. Vor Ort verfügt der AKW-Betreiber Electricité de France (EDF) über ausreichend Fläche, 15 Hektar neben dem abgeschalteten AKW, wenn auch inzwischen von dichtem Auwald überwuchert: EDF wollte damals zwei weitere Reaktoren bauen.

Zu möglichen Standortplänen für die Mini-Reaktoren äußerte der Konzern gegenüber der Tageszeitung „Le Monde“, dass der Bau einer „Referenzanlage“ 2030 angestrebt werde. Die Liste der potenziellen Standorte werde gerade erarbeitet. Ob Fessenheim darin eine entscheidende Rolle spielen könnte, wird nicht kommentiert. Raphael Schellenberger, konservativer Abgeordneter von Les Républicains für den Haut-Rhin, sagt im Gespräch mit der „Badischen Zeitung“, dass er Ende Juni gemeinsam mit Claude Brender mit dem Verantwortlichen für die neue Atompolitik aus dem zuständigen Ministerium in Paris sprechen werde. Wie der Bürgermeister von Fessenheim hält auch Schellenberger die Stilllegung des elsässischen AKW für einen historischen Irrtum. „Unsere Botschaft ist jedenfalls, dass wir bereit sind, im Bereich Fessenheim neue Reaktoren zu bauen“, betont Schellenberger. Die Entwicklung der Modularen Reaktoren sei allerdings noch nicht so weit vorangeschritten, dass man dazu konkreter werden könne.

Präziser werden er wie Brender bei einem anderen Vorhaben der EDF, dem Technocentre, einer Einschmelzanlage für Metall aus dem Rückbau von Nuklearanlagen, das nach der Dekontaminierung anschließend etwa für industrielle Zwecke eingesetzt werden kann. Weder den elsässischen AKW-Gegnern noch auf deutscher Seite gefällt dieses Vorhaben der EDF, das

im Februar 2019 erstmals von Frankreich präsentiert wurde. So hatte man sich das „Zukunftsprojekt Fessenheim“ nicht vorgestellt.

Anfangs schien noch Tricastin im Rhonetal, ein anderer AKW-Standort in Frankreich, dafür im Rennen zu sein. Die EDF ließ bereits 2020 verlauten, dass eine Entscheidung 2023 fallen werde. Claude Brender sagt, sein Stand sei, dass Fessenheim den Zuschlag habe. Noch vor der Sommerpause werde EDF das Vorhaben im Rat der zuständigen Verbandsgemeinde Pays Rhin-Brisach präsentieren. Nach einem Antragsverfahren rechne er 2026 mit der Erteilung der Baugenehmigung, also etwa zeitgleich mit dem Start des eigentlichen Rückbaus des AKW.

Auch was die Sprecherin der EDF in Fessenheim auf Nachfrage zum Thema Technocentre äußert, weist in diese Richtung. „Der derzeit bevorzugte Standort befindet sich auf dem Reservegrundstück der EDF ne-

ben dem AKW Fessenheim“, sagt Delphine Rorive. Zudem habe der französische Gesetzgeber inzwischen die rechtliche Grundlage für eine Weiterverwertung schwach radioaktiver AKW-Altmetalle geschaffen, ohne die der Bau eines Technocentre nicht möglich wäre.

Raphael Schellenberger geht ebenfalls davon aus, dass in Fessenheim die Recyclinganlage gebaut wird. „Im Übrigen brauchen wir eine solche Anlage in Frankreich“, betont der Abgeordnete, andere Länder hätten das auch. Schellenberger, der auch Präsident der Fessenheim-Informationskommission (CLIS) ist, hat mit einer Abordnung der CLIS jüngst das baden-württembergische AKW Philippsburg besucht, dessen Rückbau seit 2017 läuft. Schellenberger verteidigt energisch die Pläne für ein Technocentre in Fessenheim. „In Philippsburg geschieht im Zuge des Rückbaus genau dasselbe.“

FAZ.NET | 03.06.2023

WEBLINK

Eine Chance fürs Atom

Die Regierung bereitet einen Plan zur Entwicklung neuer Atomkraftwerke vor. Die Industrie verspricht Unterstützung.

Es soll eine Veranstaltung mit Signalwirkung werden, das zeigt schon die Liste der prominenten Teilnehmer. Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) ist dabei und Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). Dazu hochkarätige Unternehmensvertreter wie Peter Leibinger, Technologiechef des schwäbischen Laserherstellers Trumpf, und Vinod Philip, Vorstand des Dax-Konzerns Siemens Energy.

Das Thema, über das die Ministerin und die Manager bei ihrem Treffen am Montag in Berlin beraten wollen, schien in Deutschland eigentlich schon abgehakt: die Kernkraft als sichere und klimaschonende Energiequelle. Allerdings soll es bei dem Symposium in der BDI-Zentrale, das Forschungsministerium und Industrie gemeinsam ausrichten, auch nicht um konventionelle Kernkraftwerke gehen. Die letzten dieser Art wurde bekanntlich in Deutschland im April abgeschaltet.

Gegenstand der Gespräche in Berlin sind vielmehr die Fusionskraftwerke, der ewige Hoffnungswert der Nuklearbefürworter. „Die Kernfusion hat das Potential, unsere Energieversorgung zu revolutionieren“, sagt Forschungsministerin Stark-Watzinger im Gespräch mit der F.A.S. Sie will Deutschland zu einer führenden Nation in der Kernfusionstechnik machen.

„Wichtiger Beitrag zur Energieversorgung“

Auch hierzulande könnten Fusionskraftwerke „einen wichtigen Beitrag zur sicheren, bezahlbaren und klimaneutralen Energieversorgung leisten“, hofft die Ministerin. Unterstützung für die Pläne kommt von der Wirtschaft. Der Industriestandort Deutschland brauche dringend weitere saubere und zuverlässige Energiequellen neben den Erneuerbaren, sagt BDI-Chef Russwurm. Die Industrie wolle mithelfen, „dass die Fusion als Teil eines künftigen Strommix Wirklichkeit wird.“ Das physikalische Prinzip der Kernfusion klingt bestechend. Es werden Atome verschmolzen und dabei große Energiemengen freigesetzt. Dieser Prozess ist auch die Hauptenergiequelle der Sonne.

Fusionsreaktoren versprechen im Vergleich zu kon-

ventionellen Kernkraftwerken mindestens zwei große Vorteile. Erstens kann es schwere Atomunfälle durch unkontrollierbare nukleare Kettenreaktionen wie in Tschernobyl und Fukushima systembedingt nicht geben. Zweitens entsteht bei der Kernfusion anders als bei der Kernspaltung in konventionellen Meilern kein langlebiger Atommüll, das leidige Endlagerproblem entfällt. Doch vom theoretischen Konzept bis zum realen Fusionsreaktor ist es trotz jahrzehntelanger Mühen der Forscher noch immer ein weiter Weg.

Bei der Laser-Kernfusion werden starke Laserstrahlen genutzt, um eine atomare Fusionsreaktion auszulösen. Laserstrahlen genutzt, um eine atomare Fusionsreaktion auszulösen.

Stark-Watzinger setzt dennoch auf diese Technologie: „Wir wollen das klare Signal senden, dass die Kernfusion in Deutschland politisch gewollt ist.“ Das schaffe „Verlässlichkeit“ und damit die Voraussetzung dafür, dass deutsche Industrieunternehmen investierten.

Der Enthusiasmus für die Fusionsenergie ist in der Berliner Ampelkoalition allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt. Das von den Grünen geführte Bundeswirtschaftsministerium von Robert Habeck hatte jedenfalls kein Interesse an der Teilnahme an dem Symposium.

„Deutschland ist heute in der Fusionstechnik in der Pole Position. Technologisch haben wir die besten Voraussetzungen, um international vorne mitzuspielen“, glaubt dagegen die FDP-Ministerin Stark-Watzinger. „Aber die gute Ausgangslage müssen wir auch in wirtschaftlichen Nutzen ummünzen. Die Kommerzialisierung der Fusionstechnik muss bei uns erfolgen.“

Milliardeninvestitionen in die Fusion

Der Wettlauf um die wirtschaftliche Nutzung der Fusionstechnik hat längst begonnen. Global wurden bisher geschätzt rund 5 Milliarden Dollar in die Fusionstechnik investiert. Rund drei Dutzend Startup-Unternehmen arbeiten weltweit an der Technologie.

Für deutsche Großunternehmen wie den Laser-Weltmarktführer Trumpf und Siemens Energy, aber auch für heimische Nuklear-Startups wie Focused Energy aus Darmstadt, Marvel Fusion und Proxima aus München und Gauss Fusion aus Hanau soll der Zukunftsmarkt der Kernfusion zum großen Geschäft werden. Der Gedanke klingt verwegen: Nukleartechnik aus dem Atomausstiegsland Deutschland soll zum Exportschlager werden.

Die Forschungsministerin drückt aufs Tempo. Bis Ende Juni will sie „eine umfassende Strategie zur Fusionsforschung“ vorlegen, um die Entwicklung eines Fusionsreaktors voranzutreiben. Die internationale Konkurrenz sei groß. „Um die Chancen zu nutzen, müssen wir schnell handeln, denn andere Länder tun das auch.“

Mehr staatliches Fördergeld

Stark-Watzinger verspricht mehr staatliches Fördergeld: „Wir beraten über eine Ausweitung der Förderung im Rahmen der laufenden Haushaltsverhandlungen der Bundesregierung.“

Bislang gibt der deutsche Staat für Fusionsforschung jährlich rund 150 Millionen Euro aus. Zum Vergleich: Die Regierung von US-Präsident Joe Biden pumpt dieses Jahr rund eine Milliarde Dollar in die Branche. Auch das hessische Startup Focused Energy wurde diese Woche in Amerika mit staatlichen Hilfen bedacht.

Für neue Aufbruchstimmung in der lange eher zähen Entwicklungsgeschichte der Kernfusion hat nicht zuletzt ein Forschungserfolg in den USA gesorgt: Im Dezember gelang im Lawrence Livermore National Laboratory (LLNL), einer staatlichen Forschungseinrichtung, die vor allem militärischen Zwecken dient, erstmals eine lasergesteuerte Fusionsreaktion, die mehr Energie lieferte, als durch den Laser eingebracht wurde. Insgesamt verbrauchte die Anlage zwar noch immer viel mehr Energie als sie erzeugte. Fachleute sprechen dennoch von einem Meilenstein.

Ein „Gamechanger“ in der Fusionsforschung

Der Erfolg der US-Forscher lenkte den Blick auf die lasergestützte Fusion. „Das ist ein Gamechanger“, sagt ein Vertreter eines deutschen Industrieunternehmens. Lange Zeit hatte dagegen vor allem die sogenannte Magnetfusion viel Aufmerksamkeit bekommen. Auf unterschiedliche Varianten der Magnettechnik setzen Forschungseinrichtungen wie der multinationale Versuchsreaktor ITER, der in Frankreich gebaut wird und die Versuchsanlage Wendelstein 7-X des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Greifswald.

Jetzt dagegen weckt die Laserfusion große Hoffnungen, auch wenn es zu früh ist um sagen zu können, welche Technologie sich am Ende durchsetzen wird. Anders als die Magnetfusion wird die Laserfusion in Deutschland bisher nicht staatlich gefördert. Genau das aber könnte sich nun ändern.

Forschungsministerin Stark-Watzinger hat nach dem US-Forschungserfolg ein Expertengutachten in Auftrag gegeben, die das Potential der auf Lasertechnik basierenden sogenannten Trägheitsfusion auslotet. Das Papier wird am Montag auf dem Berliner Symposium vorgestellt.

Langer Atem nötig

Die Gutachter sehen „dringenden Investitionsbedarf“ und raten zu einem „ehrgeizigen und gut finanzierten Forschungs- und Entwicklungsprojekt“. Notwendig seien „umfangreiche öffentlich-private Partnerschaften“ und internationale Kooperationen. Dann könnte bis etwa 2045 eine Demonstrationsanlage der Laserkernfusion betriebsbereit sein. Es braucht also einen langen Atem.

Die Experten sind damit deutlich zurückhaltender als manche Unternehmen. Vor drei Wochen machte das US-Fusions-Startup Helion Energy international Schlagzeilen. Es schloss mit Microsoft einen Vertrag ab, der bereits in fünf Jahren die Belieferung des Softwarekonzerns mit klimaneutralem Fusionsstrom vorsieht. Microsoft-Gründer Bill Gates ist als großer Fan der Atomenergie bekannt.

In Deutschland rechnen die Gutachter des Forschungsministeriums dagegen damit, dass die erhoffte neue Generation von Kernkraftwerken für den laufenden Großumbau des Energiesystems zu spät kommt.

„Das Gremium geht davon aus, dass die Fusionsenergie voraussichtlich nicht zur laufenden Energiewende beitragen wird“, schreibt die deutsch-amerikanische Expertenkommission, der auch Wissenschaftler des kalifornischen LLNL angehören. Schließlich soll das Land nach dem Willen der Bundesregierung bis 2045, wenn im Erfolgsfall die ersten Kernfusionsanlagen in Betrieb gehen, bereits klimaneutral sein.

Weitere 150 Millionen Euro im Jahr an staatlicher Förderung seien für ein Laserfusions-Entwicklungsprogramm des Forschungsministeriums zunächst ausreichend, schätzt Constantin Häfner, Leiter der Expertengruppe und Chef des Fraunhofer-Instituts für Lasertechnik in Aachen. Längerfristig dürfte der Finanzbedarf wachsen.